AUSGUCK 3.19

DAS MAGAZIN DER CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION IM LAND BREMEN

FACEBOOK: CDU-FRAKTION LAND BREMEN • **TWITTER:** TWITTER.COM/CDUFRAKTIONHB

CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION LAND BREMEN

VOLLER ELAN IN DIE NEUE LEGISLATURPERIODE!
DENN BREMEN KANN NICHT WARTEN. MIT DABEI: NEUN NEUE ABGEORDNETE UNSERER BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

WIR STELLEN SIE IHNEN AB SEITE 6 VOR.

INHALT

AUSGUCK 3.19

3–9 AUS DER FRAKTION

CDU-Fraktion präsentiert Idee für »Professional School of Education« / Wir sind die Neuen! – Unsere neuen Abgeordneten im griffigen Kurzportrait

10–13 AUS DEM PARLAMENT

CDU will Hoheit für Überseehäfen nach Bremerhaven zurückgeben / Carsten Meyer-Heder: A281 nicht mehr länger ausbremsen! / Der neue Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff im Interview: Die CDU kann als stärkste Fraktion viel bewirken

14 DER ROT-ROT-GRÜNE FEHLER

Rot-Rot-Grün lehnt Verbesserungen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus ab

15 AUS BREMERHAVEN

Thorsten Raschen: »Wir kämpfen für Bremerhaven!«

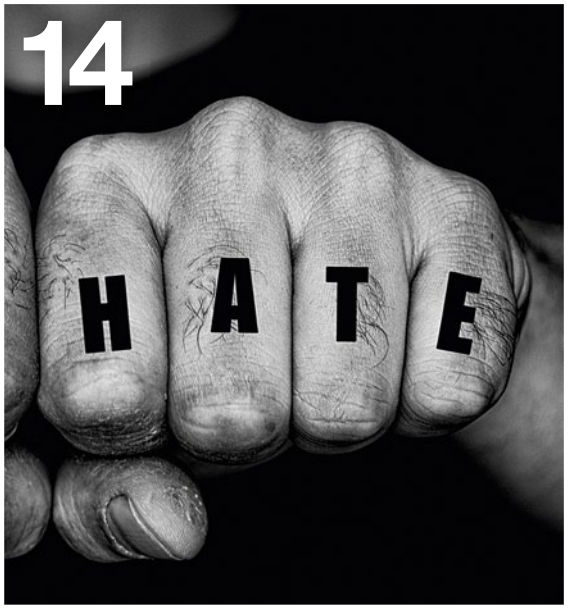
16 EIN KOMMENTAR

Von Thomas Röwekamp: Wie die AfD das Vertrauen und die Stimmen ihrer Wähler missbraucht

MEDIABAR SCANNEN UND MEHR ERFAHREN!

SEITE 3 — PROFESSIONAL SCHOOL OF EDUCATION

SEITE 10 — ANTRAG BREMISCHE SEEHÄFEN



AUS DER FRAKTION

CDU-FRAKTION PRÄSENTIERT IDEE FÜR PROFESSIONAL SCHOOL OF EDUCATION

ZUKUNFTSGEWANDTE BILDUNG »MADE IN BREMERHAVEN«

Die Anforderungen an unsere Schulen und Kitas sind in den vergangenen Jahren stark gewachsen: Wenn Bremen wichtigen Ansprüchen wie Inklusion, Ganztag oder die Integration von geflüchteten Kindern gerecht werden und diese erfolgreich und qualitativ hochwertig umsetzen will, braucht es – Land auf und Land ab – deutlich mehr fachspezifisch qualifizierte und motivierte Pädagoginnen und Pädagogen. Mit der Gründung einer »Professional School of Education« will die CDU-Fraktion ein Leuchtturmprojekt im Herzen von Bremerhaven schaffen und damit dazu beitragen, den Fachkräftebedarf zu decken.

Im Goethe-Quartier in Bremerhaven soll nach Willen der CDU-Fraktion ein Landesinstitut der Universität Bremen entstehen, in moderner Fachsprache »Professional School of Education« geannnt. Hier sollen eng verzahnt und übergreifend Pädagoginnen und Pädagogen unterschiedlicher Professionen aus- und weitergebildet werden. »Die Arbeit mit Kindern, die motorische Schwierigkeiten oder körperliche Einschränkungen haben, bedarf zum Beispiel anderer Qualifikationen als die Sprachförderung von Kindern, die erst vor wenigen Monaten mit ihren Familien nach Deutschland gekommen sind. Fest steht, dass Inklusion, Hochbegabung, Migration und Deutsch als Zweitsprache oder die engere Verzahnung von Kita und Schule Themen sind, die eine immer stärkere Rolle in der Pädagogik der Zukunft spielen werden«, erklärt Thomas Röwekamp, CDU-Fraktionsvorsitzender, den Grundimpuls der Idee. Darum solle das geplante Institut auch zum Forschungszentrum für bildungspolitische Zukunftsfragen werden: »Wie sieht der Unterricht der Zukunft aus? Wie verbessern wir die Zusammenarbeit von Kitas und Schulen? Welche Formen des Ganztages gibt es? Es gibt viele Fragestellungen in der Bildungsforschung, die an einem solchen Institut praxisnah analysiert werden könnten.«, macht

...zum Antrag

Bild oben: Thomas Röwekamp, Sina Dertwinkel, Architekt Andreas Schneider und Thorsten Raschen stellten den Entwurf in Bremerhaven vor.

Bislang nur Vision: So könnte nach Entwürfen des Architekten Andreas Schneider das neue Institut aussehen. Auf dem Dach des Gebäudes würde der natürliche Grüngürtel der Stadt weitergeführt und einen lebenswerten Hingucker schaffen.

Thomas Röwekamp deutlich. Das neu zu gründende Institut soll deshalb auch keine bestehenden Einrichtungen ersetzen oder verlagern, sondern in Bremerhaven zusätzliche Ausbildungskapazitäten schaffen und durch neue Forschungsansätze das Profil der Landesuniversität schärfen.

Der Standort für den Neubau im Goethe-Quartier in Bremerhaven-Lehe ist ebenfalls nicht zufällig gewählt, macht die Bremerhavener CDU-Abgeordnete Sina Dertwinkel deutlich, die den Impuls gemeinsam mit ihren Kollegen Thomas Röwekamp und Thorsten Raschen bereits im Frühjahr vorgestellt hat: »Ein solches Institut hat das Potential, Leuchtturm für unsere Seestadt zu werden und einen gesamten Stadtteil im positiven Sinne umzukrempeln.« Neben der wissenschaftlichen Reputation sieht Raschen auch eine Chance in den vielen Studierenden, die so für Bremerhaven gewonnen werden könnten. Menschen, die sich »ihren« Stadtteil zu eigen machen, ihn kreativ mit Leben füllen und so insgesamt wiederbeleben. Zum Beispiel durch in studentischer Selbstverwaltung betriebene Cafés, Ausstellungen studentischer Kunstprojekte sowie Pop-up-Stores. Anders als andere erfolgreiche Einrichtungen wie das Klimahaus oder der Fischereihafen wäre das Institut nicht vornehmlich ein touristischer Anziehungspunkt, vermutet Dertwinkel, sondern würde den Alltag Bremerhavens prägen und damit die Substanz der Stadt deutlich stärken. Erste Skizzen, wie sich die Christdemokraten die Einrichtung für rund 1.000 Studenten und 250 Lehrende vorstellen, machen deutlich: Die School of Education kann auch architektonisch ein Hingucker werden (siehe Grafik).

Der Anspruch der Idee ist es also, Bremerhaven einerseits durch einen anspruchsvollen Bau und ein zusätzliches geisteswissenschaftliches Institut aufzuwerten und andererseits die Ausbildung dringend benötigter Fachkräfte voranzutreiben. Für Thomas Röwekamp, Sina Dertwinkel und Thorsten Raschen ist das Resümee deshalb eindeutig: »Dieses Projekt wäre eine Win-Win-Situation!« Um den ambitionierten Impuls nach der Vorstellung Anfang April auch auf die Straße zu bringen, haben die Christdemokraten nun einen Antrag für die Bremische Bürgerschaft eingebracht. Unter anderem fordern sie den Senat auf, unter Einbeziehung von Experten und Akteuren in Bremen und Bremerhaven eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, die eine Gründung einer Professional School of Education in Bremerhaven prüft. Außerdem schlagen sie für die bauliche Umsetzung vor, einen Architektur-Wettbewerb auszurufen. ✖

IMPRESSUM

AUSGUCK

CHRISTDEMOKRATISCH
HANSEATISCH
UNTERHALTSAM

EIN MAGAZIN DER
CDU BÜRGERSCHAFTSFRAKTION
IM LAND BREMEN

Am Wall 135 · 28195 Bremen
T. 0421-30894-0 · F. 0421-30894-44

Verantwortlich für den Inhalt (V.i.S.d.P.):
Rebekka Grupe
(Pressesprecherin der
CDU-Bürgerschaftsfraktion)

Erscheinungsweise:
4 Ausgaben jährlich

Auflage:
6.000 Exemplare

Layout:
eyecon.eu | Visuelle Kommunikation
Am Rüten 6, 28357 Bremen

Art Director:
Jens Krummreich

Fotos:
Claudia Grabowski, Alexander Fanslau, shutterstock, Andreas Schneider Architekten, Bremische Bürgerschaft, Bettina Conradi

Texte:
Rebekka Grupe, Thomas Röwekamp

Druck:
BerlinDruck GmbH + Co KG, Achim

Das Magazin und alle in ihm enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung bedarf der Zustimmung des Herausgebers. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

FACEBOOK:
CDU-FRAKTION LAND BREMEN

TWITTER:
TWITTER.COM/CDUFRAKTIONHB

WIR SIND DIE NEUEN!

ERSTMALS IST DIE CDU-FRAKTION IN DIESER LEGISLATUR DIE STÄRKSTE FRAKTION IM PARLAMENT UND STELLT MEHR ALS EIN VIERTEL ALLER ABGEORDNETEN. VON DEN 24 ABGEORDNETEN SIND AUCH NEUN »NEUE« IN DIE BREMISCHE BÜRGERSCHAFT EINGEZOGEN. HIER STELLEN SIE SICH, IHRE MOTIVATION UND IHRE ZIELE VOR.

MARTIN MICHALIK 1

36 Jahre, Online Marketing-Manager, verheiratet, zwei Kinder, Stadtteil Vahr

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Geschicke des Landes Bremen nur mit einem echten Politikwechsel zum Positiven gelenkt werden können.

Welche Themen sind Ihnen in Ihrer politischen Arbeit besonders wichtig?

In den kommenden vier Jahren möchte ich mich für die Themen Klima und Umwelt einsetzen. Dabei möchte ich aber meine stadtteilpolitischen Themen wie Chancengerechtigkeit und Integration nicht aus den Augen verlieren, sondern mich auch dafür an gebotener Stelle einbringen. Themen ausarbeiten und voranbringen wird auch in der Bürgerschaft meine Kernarbeit sein, so wie ich es zuvor viele Jahre im Beirat Vahr und in diversen Ausschüssen gelernt und gemacht habe.

Wie würden Ihre guten Freunde Sie beschreiben – in 3 Adjektiven?

Mein Umfeld beschreibt mich als sehr zuverlässig, loyal und streitbar, da ich die Sache forciere und diese voranbringen will. Ich verbiege mich nicht bei schwierigen Themen und heftigen Debatten, sondern stelle mich diesen.

CHRISTOPH WEISS 2

54 Jahre, Unternehmer, verheiratet, zwei Kinder, Stadtteil Schwachhausen

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Weil mich die politische Situation in Bremen umtreibt und man mit den Ergebnissen dieser Politik einfach nicht zufrieden sein kann. Außerdem übernehme ich gerne Verantwortung – sowohl als Unternehmer als auch als Privatperson. Ich sehe mich in der Pflicht, hier in meiner Heimatstadt etwas zu bewegen und mich für die Bürger und Bürgerinnen einzusetzen. Als Inhaber eines mittelständischen Unternehmens liegt ein Fokus meiner politischen Arbei auf der Wirtschaftspolitik.
Mir ist wichtig, dass der Mittelstand in Bremen gestärkt wird und mehr Berücksichtigung in der Wirtschaftspolitik findet. Er braucht für seinen Erhalt eine entsprechende Infrastruktur. Ich möchte mich einsetzen für Gewerbegebiete, die nachhaltig gedacht werden, 5G-Breitbandtechnologie und kurze behördliche Entscheidungs- und Genehmigungswege.

Wie würden Ihre guten Freunde Sie beschreiben – in 3 Adjektiven?

Ungeduldig – Zuverlässig – Gradlinig

Was würden Sie gerne noch lernen?

Saxophon spielen und Philosophie studieren

YVONNE AVERWERSER 3

49 Jahre, Angstellte im öffentlichen Dienst, verwitwet, zwei Kinder, Stadtteil Huchting

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Seit fast 30 Jahren engagiere ich mich in der Kommunalpolitik. In Huchting bin ich seit gut 12 Jahren im Beirat. Ich habe mich für ein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft beworben, um mich für meine und die wichtigen Themen aus Huchting auf Landesebene einzusetzen.

Was wollen Sie in den kommenden vier Jahren für Bremen schaffen?

Der Einzug in die Bremische Bürgerschaft gibt mir noch mehr die Gelegenheit mich für mein Umfeld in Grolland und Huchting und für die Themen Bildung, zeitgemäße Stadtentwicklung und innerstädtische Mobilität einzusetzen. In der kommenden Legislatur möchte ich meinen Beitrag dazu leisten, dass wir auch unser drittes Wahlziel, den Bürgermeister zu stellen, erreichen. Mein Kernanliegen ist deshalb die Zusammenarbeit zwischen der Bürgerschaft und den Beiräten. Denn nur wenn diese Zahnräder ineinander greifen können wir 100 % für Bremen geben.

Wie würden Ihre guten Freunde Sie beschreiben – in 3 Adjektiven?

Zuverlässig, spontan und optimistisch!

THORSTEN RASCHEN 4

53 Jahre, Angestellter, verheiratet, einen Stiefsohn, Stadtteil Bremerhaven-Lehe

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Seit 1995 bin ich in der Kommunalpolitik aktiv; seit 2015 als Vorsitzender der Bremerhavener Stadtverordnetenfraktion. Bremerhaven im Landesparlament eine weitere starke Stimme zu geben und die Interessen unserer Stadt im Land Bremen zu vertreten, waren Ansporn für meine Kandidatur. Auf Beschlüsse, die insbesondere Bremerhaven, z. B. bei der Senkung der Arbeitslosigkeit, Förderung der Wirtschaft oder der Stärkung der Sicherheit zugutekommen, möchte ich Einfluss nehmen und damit das Land Bremen insgesamt attraktiver für Einwohner und Touristen zu gestalten.

Wie würden Ihre guten Freunde Sie beschreiben – in 3 Adjektiven?

Zuverlässig – fleißig – hartnäckig

Was würden Sie gerne noch lernen?

Die Entwicklung und Möglichkeiten unter dem Begriff »Digitalisierung« zur Nutzung sowohl im Arbeitsalltag, der Vernetzung von Verwaltung, Hochschule und Wirtschaft aber auch im Bereich der privaten Nutzung interessieren mich besonders.

BETTINA HORNHUES 5

47 Jahre, Bankkauffrau, verheiratet, drei Kinder, Stadtteil Burglesum

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Als ich 1991 in die CDU eingetreten bin, war vor allem die Bildungspolitik in Bremen der Grund dafür. Heute 28 Jahre später hat sich in unserem Land praktisch nichts geändert. An vielen Stellen sind wir letzter, alle Prozesse in dieser Stadt dauern einfach zu lange.

Welche Themen sind Ihnen in Ihrer politischen Arbeit besonders wichtig?

Zwei Themen treiben mich um: Zum einen der schlechte Stand bei der Bildung, zum anderen das extrem hohe Armutsrisiko in unseren beiden Städten. Als Bundestagsabgeordnete habe ich einen der ärmsten Wahlkreise Deutschlands vertreten. Bildung und Armut sind leider eng miteinander verknüpft. Hier gilt es zu handeln.

Wie würden Ihre guten Freunde Sie beschreiben – in 3 Adjektiven?

Engagiert, couragiert und in Bremen verliebt.

GÜNTHER FLISSIKOWSKI 6

59 Jahre, Polizist, verheiratet, drei Kinder, Stadtteil Bremerhaven-Lehe

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Ich möchte einerseits die Stadt Bremerhaven wieder mehr ins Bewusstsein bremischer Politik tragen, andererseits dazu beitragen, das Land Bremen auf einen neuen Weg zu bringen.

Was wollen Sie in den kommenden vier Jahren für Bremen schaffen?

Ich will Wissenschaft fördern und fordern, damit wir für die kommenden Herausforderungen besonders im Hinblick auf Umweltschutz und Klimawandel gewappnet sind. Ich will die Anforderungen an die schulische Landschaft im Lande Bremen aufnehmen und zum Wohle unserer Kinder und für ihre Chancen zukunftsorientiert gestalten. Ich will mich dafür einsetzen, eine zukunftsfähige Polizei und Justiz in Personal und Ausstattung zu generieren.

Wie würden Ihre guten Freunde Sie beschreiben – in 3 Adjektiven?

Zuverlässig, bodenständig, gewissenhaft

WIR SIND DIE NEUEN!

MICHAEL KELLER 7

48 Jahre, Kinderbuchautor, verheiratet, 2 Kinder, Stadtteil Wümme

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Einen großen Teil meines Lebens habe ich es gar nicht in Betracht gezogen, in die Politik zu gehen. Die Pflege meiner kranken Mutter war ein Wendepunkt. Ich lernte, was wirklich wichtig ist und habe angefangen mich politisch zu engagieren. Dabei traf ich mutige Menschen – in Vereinen, in den Beiräten bis in die Landespolitik – die es sich zum Ziel gesetzt haben, Bremen selbst und das Leben der Menschen besser zu machen. Eines Tages entschied ich selbst gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.

Welche Themen sind Ihnen in Ihrer politischen Arbeit besonders wichtig?

Bisher habe ich mich stadtteilpolitisch engagiert und dabei etwas Wichtiges mitgenommen: Nur wer direkt vor Ort ist und die Probleme der Menschen (er)kennt, der kann am besten sagen, wo der Schuh drückt. Diesen engen Bürgerkontakt will ich beibehalten. Ich setze mich u.a. für die Einführung einer Premiumkarte für die Freiwillige Feuerwehr sowie die Rettung des Unibades ein. Dringend benötigte Erzieher sollten endlich eine Ausbildungsvergütung erhalten.

Wie würden Ihre guten Freunde Sie beschreiben – in 3 Adjektiven?

Authentisch, selbstbewusst und engagiert!

CARSTEN MEYER-HEDER 8

58 Jahre, IT-Unternehmer, verheiratet, drei Kinder, Stadtteil Walle

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Als Spitzenkandidat der CDU im Wahlkampf löse ich auch mein Versprechen ein. Wir haben einen geschlossenen, modernen Wahlkampf geführt und sind als Wahlsieger durchs Ziel gelaufen. Diesen Schwung gilt es mitzunehmen, und dafür werde ich mich auch als Parlamentarier einsetzen.

Was wollen Sie in den kommenden vier Jahren für Bremen schaffen?

Auch in der Fraktion sollten wir uns in den nächsten Jahren als moderne, liberale, städtische Partei profilieren. Wichtige inhaltliche Themen sind für mich Bildung, Wirtschaft, Verkehr und Digitalisierung. Wir sind stärkste Opposition, diese Position werden wir nutzen, auch um auf Missstände in der bremischen Verwaltung und Versäumnisse des Senats hinzuweisen. Das sind wir dem großen Vertrauen, das uns die Wählerinnen und Wähler gegeben haben, schuldig.

Was würden Sie gerne noch lernen?

Das Beste ist es doch voneinander zu lernen: Als Abgeordneter und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion werde ich in den kommenden Jahren jede Menge spannender Erfahrungen sammeln und dabei sicher auch viel Neues lernen. Wichtig ist mir aber auch, andere Perspektiven sowie neue Themen und inhaltliche Impulse einzubringen.

HARTMUT BODEIT 9

53 Jahre, Industriekaufmann, ledig, Stadtteil Huchting

Was hat Sie motiviert, für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren?

Bremen ist in vielen elementaren Bereichen Schlusslicht in Deutschland und wird damit seit vielen Jahren deutlich unter Wert, also schlecht regiert. Um dieser Schieflage entgegenzuwirken war ich sehr motiviert für die Bremische Bürgerschaft zu kandidieren.

Was wollen Sie in den kommenden vier Jahren für Bremen schaffen?

Mich treibt seit langem die hohe Kriminalitätsrate in unserem Bundesland um. Ich möchte im Parlament dazu beitragen, dass alle Menschen in Bremen jederzeit sicher und angstfrei leben können. Polizei, Justiz, Rettungsdienste und Feuerwehr verdienen nicht nur Wertschätzung, sondern auch eine verbesserte Ausstattung, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Auch im Bereich Wirtschaft möchte ich Akzente setzen: Denn Unternehmen sichern und schaffen Arbeitsplätze. Um Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen, müssen wir gute Rahmenbedingungen schaffen.

Was würden Sie gerne noch lernen?

Wenn der Tag mehr als 24 Stunden hätte, würde ich gerne Saxophon spielen, malen und Latein lernen!

Susanne Grobien ist seit 2016 hafenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion.

CDU WILL HOHEIT FÜR ÜBERSEEHÄFEN NACH BREMERHAVEN ZURÜCKGEBEN

Den Antrag finden Sie hier.

In den rot-rot-grünen Koalitionsverhandlungen verschwand das Thema zügig wieder in der Schublade, eine Initiative der CDU-Fraktion setzt es nun auf die Tagesordnung im Parlament: Die Christdemokraten setzen sich dafür ein, die Verantwortung aller bremischen Seehäfen beim Land zu bündeln und damit gleichzeitig eine historische Bremensie zu ändern: Die Hoheitsrechte, die die Stadt Bremen bisher im Bremerhavener Hafengebiet besitzt, sollen in die Hoheit der Stadt Bremerhaven übergehen.

Die Überseehäfen in Bremerhaven umfassen die Hafenanlagen Container-Terminal, Columbuskaje, Kaiserhäfen, Nordhafen, Osthafen und Verbindungshafen. Das Gebiet liegt im nordwestlichen Teil von Bremerhaven – und gehört tatsächlich seit 1938 zur Stadt Bremen. Das kuriose Konstrukt ist in der deutschen Geschichte begründet: Während der Zeit des Nationalsozialismus drohte Bremen seinen Überseehafen zu verlieren, denn Bremerhaven sollte mit der Stadt Wesermünde vereint werden, die unter Hoheit der preußischen Provinz Hannover stand. Um den Verlust der wichtigen Überseehäfen zu verhindern, wurde das Gebiet quasi »vorsorglich« der Stadt Bremen zugeordnet. Eine vorausschauende Entscheidung: Denn nur ein Jahr später wurde Bremerhaven tatsächlich nach Wesermünde eingegliedert, der Überseehafen verblieb jedoch in Bremischer Verantwortung. Doch 80 Jahre nach dieser Verordnung und nach der Neukonstituierung des Bundeslandes Bremens und der Umbenennung von Wesermünde in Bremerhaven im Jahr 1947 besteht die bremische Hafen-»Enklave« in Bremerhaven bis heute. Und sie führt nicht nur zu Verwirrungen bei der Vermarktung nach außen, sondern auch so absurden Zuständigkeiten: So dürfen die Bremerhavener Bürgerschaftsabgeordneten zum Beispiel nur als »Gäste« teilnehmen, wenn die Stadtbremische Hafendeputation Beschlüsse über die Bremerhavener Häfen fasst.

»Es gibt heute keinen Grund mehr für die hoheitsrechtliche Zuordnung bei der Stadt Bremen und die komplizierten Zuständigkeiten von Land und den beiden Kommunen«, sagt Susanne Grobien, hafenpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion und Initiatorin des Antrages. Weil die Stadt Bremen das wirtschaftliche Eigentum und die Hoheit über die Überseehäfen in Bremerhaven hat, werden in der heutigen Praxis viele finanzielle Ausgleichsmittel, z.B. für Verwaltungsaufgaben, hin- und hergeschoben. Die CDU-Fraktion will erreichen, dass die Verantwortung für alle bremischen Seehäfen beim Land gebündelt werden. Diesem würde dann das wirtschaftliche Eigentum sowie die Finanzierungsverantwortung zufallen. Gleichzeitig würde mit diesem Schritt die Hoheit über die Überseehäfen von der Stadtgemeinde Bremen an die Stadtgemeinde Bremerhaven übergehen. Susanne Grobien fordert von dem Senat innerhalb der kommenden 12 Monate ein Konzept, dass diese Schritte prüft, aber auch mögliche rechtliche, materielle und personelle Änderungsbedarf berücksichtigt. »Wenn die Zuständigkeiten neu geordnet werden, müssen die Chancen und Risiken für Land und die beiden Kommunen fair verteilt sein«, macht die hafenpolitische Sprecherin deutlich. Die Bürgerschaft hat den Antrag in ihrer August-Sitzung in den Hafenausschuss überwiesen. ✖

MEYER-HEDER:

»A281 NICHT MEHR LÄNGER AUSBREMSEN!«

Seit 40 Jahren wird über sie diskutiert, aber fertig ist die A281 bis heute nicht. Im Gegenteil: Ex-Senator Joachim Lohse verhängte quasi als letzte Amtshandlung einen Baustopp und setzte den sogenannten sofortigen Vollzug des Planfeststellungsbeschlusses für den Bau des letzten Teilstückes der Autobahn aus. Eine Entscheidung die rückgängig gemacht werden sollte, findet der Carsten Meyer-Heder, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU. Denn die Ringautobahn ist sowohl Voraussetzung für eine autofreie Innenstadt als auch für sichere Arbeitsplätze und den Klima- und Lärmschutz, machte Meyer-Heder während seiner ersten Rede im Parlament bei der Aktuellen Stunde deutlich.

Im August kam heraus: Für das fehlende Teilstück der A281 in der Bremer Neustadt gilt ein Baustopp. Erst wenn das Bundesverwaltungsgericht über Anwohnerklagen entschieden hat, soll der Planfeststellungsbeschluss umgesetzt werden. Bereits 2009 war der damalige Beschluss von der »Bürgerinitiative für eine menschengrechte A281« beklagt und ausgesetzt worden, danach begann eine neue Beteiligungsrunde. Im Ergebnis wurde im Jahr 2012 durch die Bürgerschaft eine modifizierte Variante beschlossen. »Ich habe großes Verständnis für die Belange und Bedenken einzelner Anwohner. Aber wenn wir den Ringschluss der A281 noch erleben wollen, dann müssen wir jetzt Entscheidungen treffen und diese auch durchsetzen«, sagt Carsten Meyer-Heder. Die Bürgerinitiative werde keine Form des neuen Autobahnabschnitts außer der Verlegung unter den Flughafen bis zur A1 mittragen. Eine Untertunnelung sei aber eine Illusion, weil Bremen sie niemals werde finanzieren können.

Doch die rot-rot-grüne Koalition setzt das Vertagen und Verschieben auch in der neuen Legislatur fort: Keine zwei Tage brauchten die Koalitionäre ab der Unterzeichnung ihres Koalitionsvertrages, um sich von ihrem Versprechen, die A281 bis 2024 fertigzustellen, zu verabschieden und den Bauvollzug für den Abschnitt 2.2 auszusetzen. »Dabei ist der Ringschluss Grundvoraussetzung für eine autofreie und attraktive Innenstadt, wie sie die CDU befürwortet und wie sie auch die Koalition verspricht«, betont der wirtschaftspolitische Sprecher. »Nur wenn wir dem individuellen Personenverkehr und dem Wirtschaftsverkehr mit der fertigen A281 die Möglichkeit geben, Bremen zu umfahren, halten wir den Verkehr und Schadstoffe aus der Innenstadt heraus und verbessern den Klima- und Lärmschutz.« Die Menge an Schadstoffen, die schon heute beim ständigen Anfahren und Abbremsen tausender PKW auf der Neuenlander Straße oder der Stephanibrücke jeden Tag produziert würden, wolle er sich nicht ausrechnen. Es stehe in keinem Verhältnis zur zurückgelegten Strecke. Auch die Lärmbelästigung, so der CDU-Abgeordnete, dürfte um ein Vielfaches niedriger sein, wenn der Verkehr kontinuierlich über den neuen Autobahnabschnitt fließen würde. Es gehe bei der A281 darüber hinaus auch um Arbeitsplätze und die Zukunft der Logistikwirtschaft. Denn der Autobahnanschluss von Flughafen, GVZ und Neustädter Hafen ist den ansässigen Unternehmen schon vor vielen Jahren versprochen worden. ✖

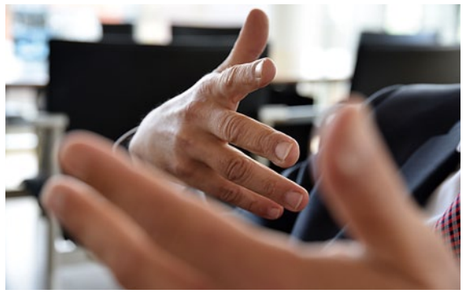
INTERVIEW MIT BÜRGERSCHAFTS-PRÄSIDENT FRANK IMHOFF

DIE CDU KANN ALS STÄRKSTE FRAKTION VIEL BEWIRKEN

AUSGUCK: Die CDU ist erstmals als stärkste Fraktion im Parlament. Was bedeutet das für die parlamentarische Arbeit?

FRANK IMHOFF: Die CDU-Fraktion wird als stärkste Fraktion im Parlament eine herausragende Rolle einnehmen und gleichzeitig besondere Verantwortung im parlamentarischen Alltag tragen. Aus der Opposition kann und muss sie viel bewirken.

AUSGUCK: Neu ist auch, dass Sie als Bürgerschaftspräsident das höchste Amt im Land bekleiden: Wie waren die ersten Wochen?



FRANK IMHOFF: Ich bin dankbar im höchsten Amt unseres Bundeslandes dienen zu dürfen – und zwar überparteilich. Ich habe mich bei meiner Wahl deshalb sehr über die große Zustimmung über alle Fraktionen hinweg gefreut. In den ersten Tagen habe ich die Mitarbeiter in der Bürgerschaft kennengelernt, viel zugehört und in den vergangenen Wochen eine Menge Antrittsbesuche absolviert. Und wir sind für die Parlamentssitzungen ins Rathaus umgezogen, denn die Bürgerschaft wird in den kommenden Monaten modernisiert. In den nächsten Monaten will ich über das Alltagsgeschäft hinaus eigene Ideen und Impulse setzen. Die Bürgerschaft steht mitten auf dem Marktplatz, trotzdem ist sie für viele Menschen unbekanntes Terrain.

AUSGUCK: Was meinen Sie damit genau?

FRANK IMHOFF: Wir haben viele großartige Veranstaltungen und Ausstellungen im Haus der Bürgerschaft. Aber viele Menschen erreichen wir damit nicht, sie kommen nicht von selbst, da gibt es Zugangsbarrieren. Ihnen möchte ich als Präsident vermitteln: Das ist eurer Haus. Was hier passiert, betrifft euch! Türen lassen sich nur öffnen, wenn man selbst hinausgeht. Zum Beispiel in die Schulen, in den Politikunterricht. Im September starte außerdem eine regelmäßige Tour durch Betriebe und Einrichtungen. Aber nicht nur zum Händeschütteln oder für einen Rundgang, sondern ich will dort einen Tag richtig mit anpacken. Nur dann bekommt man einen authentischen Einblick und kommt ins ehrliche Gespräch. Ich sehe mich auf der einen Seite als Zuhörer auf der anderen Seite als Botschafter, zum Beispiel um zu erklären, wie das Parlament funktioniert.

AUSGUCK: Warum ist das wichtig?

FRANK IMHOFF: Ich habe den Eindruck, dass sich viele Menschen – obwohl sie die Demokratie gut finden – schon fragen: Was machen die da eigentlich im Parlament? Warum dauern manche Dinge so lange? Warum verbessert sich scheinbar kaum etwas? Und genau in diese Zweifel stoßen die Populisten rein. Indem sie scheinbar einfache Antworten vorgaukeln oder Misstrauen und Hass säen. Um die beste Lösung zu ringen oder bei einem Sachverhalt alle Positionen, Beteiligten und Facetten ernst zu nehmen – das ist anstrengend und dauert auch länger als in der schwarz-weißen Welt von Populisten. Aber es ist alternativlos, wenn wir in einem demokratischen Land leben wollen: Die politische Debatte, der faire und sachliche und manchmal auch zähe Streit um den richtigen politischen Weg, das sind Fundamente unserer Demokratie. Und das findet bei uns im Parlament statt. Ich sehe es auch als meine Aufgabe, das besser zu erklären.

AUSGUCK: Wie werden Sie mit der AfD umgehen?

FRANK IMHOFF: Die AfD hat ja sehr schnell Auflösungserscheinungen gezeigt und agiert inzwischen nur noch als Gruppe ohne Fraktionsstatus. Da hatten interne Machtkämpfe offensichtlich Vorrang. Bremen ist nun das einzige Parlament ohne AfD in Fraktionsstärke. Davon unabhängig gilt: Alle Abgeordneten haben die gleichen Rechte. Das ist Demokratie und das gilt es zu respektieren, auch wenn viele Menschen von den Aussagen und Positionen der AfD erschüttert oder abgestoßen sind. Abgeordneten haben aber auch Pflichten. Und deswegen sage ich auch ganz klar, dass ich Hass, Hetze, Diskriminierung oder ein Angriff auf unsere demokratische Grundordnung im Parlament nicht dulden werde. ✖

ROT-ROT-GRÜN LEHNT VERBESSERUNGEN ZUR BEKÄMPFUNG VON RECHTSEXTREMISMUS AB

Da darf man sich schon wundern, wie weit Ideologie gehen kann: Die neue rot-rot-grüne Koalition hat eine Initiative der CDU-Fraktion, die Bundesregierung und Bundeskriminalamt im Kampf gegen Rechtsterrorismus aktiv zu unterstützen, abgelehnt. Anlass war eine Debatte in der August-Sitzung der Bürgerschaft zum Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit im Land Bremen.

Der hinterhältige Mord an dem Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke vor wenigen Monaten durch einen mutmaßlichen rechtextremen Täter oder die abscheuliche Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zwischen 2000 und 2006 haben viele Menschen tief erschüttert. Um zukünftig schlagkräftiger, schneller und effizienter gegen rechtsextreme Verbrechen vorzugehen, will sich das Bundeskriminalamt (BKA) künftig mit zusätzlichen Maßnahmen und Straftatbeständen und mit bis zu 440 zusätzlichen Stellen neu aufstellen. Rund die Hälfte der Rechtsextremisten in Deutschland, insgesamt 12.700 Personen, gelten als gewaltorientiert. Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten stieg vergangenes Jahr um 3,2 Prozent. Auch für das Land Bremen stellt der 150-seitige Bericht über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit besorgniserregende Entwicklungen fest. »Die Zahlen sprechen für sich«, sagt der innenpolitische Sprecher Marco Lübke, »und der Handlungsbedarf ist unstrittig. Dass sich Rot-Rot-Grün, die sich bei jeder Gelegenheit den Kampf gegen Rechts auf die Fahne schreiben, aber notwendige Verbesserungen und Maßnahmen blockieren, wird wohl die meisten Bürgerinnen und Bürger verwundern.«

Die CDU-Initiative forderte den Senat auf, die Vorhaben des Bundeskriminalamtes aktiv im Bundesrat zu unterstützen sowie die Staatsanwaltschaft, das Landeskriminalamt und die Polizei in Bremen und Bremerhaven mit entsprechenden Befugnissen und Ressourcen auszustatten. Das BKA plant unter anderem eine »Zentralstelle zur Bekämpfung von Hasskriminalität« einzurichten, die bundesweit Hass-Postings oder sogenannte Todes- und Feindeslisten im Netz erfasst, bewertet und die Urheber der Posts identifiziert und so den Verfolgungsdruck massiv erhöhen soll. Für große Netzwerkanbieter soll zudem eine Meldepflicht von einschlägigen Beiträgen gelten. Um dies wirkungsvoll umzusetzen, werden eine erweiterte Speicherfrist und eine Erweiterung des Netzwerkdurchsuchungsgesetzes notwendig. Auch der ermordete Walter Lübcke war vor seinem gewaltsamen Tod Zielscheibe von Hass und Hetze im Internet. »Eine Zustimmung zu unserem Antrag wäre ein Zeichen gewesen, dass wir gemeinschaftlich mit Bund und Länder handeln und den Kampf gegen Rechts unterstützen«, so Marco Lübke. Auch die Fraktionen der Koalition machten deutlich, das gegen Rechtsextremismus klare Kante gezeigt werden müsse. Doch diesen Worten folgten im Parlament keine Taten bei der Abstimmung: Vertreter von SPD, Grünen, Linken und der AfD lehnten den Antrag komplett ab. »Nicht nur für die Opfer rechtsextremer Taten dürfte es unverständlich sein, wenn für Rot-Rot-Grün die Ablehnung von erweiterten Befugnissen unserer Sicherheitsbehörden wichtiger ist als der effiziente Kampf des Rechtsstaates gegen Rechts«, kritisiert der innenpolitische Sprecher.

✖

THORSTEN RASCHEN:

»WIR KÄMPFEN FÜR BREMERHAVEN!«

Auch in Bremerhaven regiert in der neuen Legislatur ein Dreierbündnis. Die neue Koalition aus SPD, CDU und FDP hat sich viel vorgenommen und kann eine Menge für die Seestadt bewegen, wenn sie die Herausforderungen zügig anpackt und umsetzt, meint Thorsten Raschen. Der Bremerhavener ist nicht nur CDU-Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion, sondern auch erstmals Abgeordneter der CDU-Landtagsfraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Welche Schwerpunkte für Bremerhaven aus seiner Sicht im Fokus stehen müssen, erklärt er im AUSGUCK.

Die sogenannte »Deutschland«-Koalition aus SPD, CDU und FDP »verlangt von allen Partnern eine disziplinierte Arbeitsweise, Fairness und gute Abstimmung. Wir werden als Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung unseren Beitrag dazu leisten und darauf achten, dass wichtige Sachthemen auch umgesetzt werden«, macht Raschen für seine Kollegen und -kolleginnen in der Fraktion deutlich. Inhaltlich stehen für den 53-Jährigen die Themen Wirtschaft, Bildung Mobilität und Klimaschutz ganz oben auf der Agenda. »Insbesondere im Bildungsbereich wird es mit der CDU-Fraktion keine weiteren Kürzungen geben, sondern deutliche Zeitachsen für die weitere Schulausstattung«, betont Thorsten Raschen. Für ihn als Fraktionsvorsitzenden sei in Bremerhaven die Entwicklung der vier Schulneubauten an drei Standorten von besonderer Bedeutung. Auch die Initiative der CDU-Landtagsfraktion, ein außeruniversitäres pädagogisches Institut in Bremerhaven zu gründen, unterstützt er: »Wir brauchen dringend Fachkräfte und für Bremerhaven wäre ein solches Institut ein wertvoller Impuls.« (s. dazu auch Artikel Seite 3)

Trotz der Fortschritte, die in Bremerhaven in den vergangenen vier Jahren erzielt werden konnten, in denen die CDU bereits mitregiert hat, ist die Arbeitslosigkeit noch immer auf einem hohen Niveau. Sie weiter zu senken, ist Ansporn für Thorsten Raschen. »Gemeinsam mit der Wirtschaft wollen wir Maßnahmen identifizieren, wie wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern, um neue Arbeitsplätze zu schaffen.« Dazu gehöre unter anderem eine gute Hafeninfrastruktur wie zukunftsfähige Kajen oder die Weservertiefung. Bremerhaven brauche auch an anderer Stelle dringend die Unterstützung des Landes bei der Wirtschaftsförderung, um wichtige wirtschaftspolitische Projekte stemmen zu können. Gemeinsam mit seinen Bremerhavener Kolleginnen und Kollegen werde er der Stimme Bremerhavens auch in der Bremischen Bürgerschaft mehr Gewicht verleihen und die Seestadt-Themen in den Fokus rücken. »Wir Bremerhavener CDU-Abgeordneten sind bekannt dafür, dass wir auch nerven können«, schmunzelt er. »Wir kämpfen für unsere Stadt. Wenn es Bremerhaven gut geht, profitiert auch das Land Bremen davon.« Eine große Chance für Bremerhaven sei zudem das Thema Green Economy und die gesamte Entwicklung zum Thema Wasserstoff. »Das ist gerade für die norddeutschen Länder eine große Chance. Hier müssen wir schnell durchstarten, wenn wir nicht abgehängt werden wollen«, sagt der CDU-Abgeordnete.

Angemessene Berücksichtigung von Bremerhaven erwartet Thorsten Raschen bei den anstehenden Haushaltsberatungen der rot-rot-grünen Landesregierung: »Trotz der Übernahme der Bremerhavener Schulden durch das Land Bremen, ist der finanzielle Spielraum noch immer sehr gering. Die besondere soziale und wirtschaftliche Lage Bremerhavens muss deshalb auch weiterhin Berücksichtigung finden. Dabei ist auch die Verbesserung der Transparenz des finanziellen Engagements in den beiden Städten des Landes sicherzustellen.« Ein Augenmerk wird er mit seinen Fraktionskollegen darüber hinaus auf die versprochene Stärkung der kommunalen Bremerhavener Polizei legen: Dazu gehöre die personelle Aufstockung auf 520 Stellen und eine moderne technische Ausstattung. ✖

77648

Postvertriebsstück
Deutsche Post
Entgelt bezahlt

ausguck
CDU Bürgerschaftsfraktion
Am Wall 135
28195 Bremen

EIN KOMMENTAR VON THOMAS RÖWEKAMP

WIE DIE AFD DAS VERTRAUEN UND DIE STIMMEN IHRER WÄHLER MISSBRAUCHT

Es hat nur wenige Wochen in der neuen Legislatur gedauert bis sich die AfD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft zerlegt hat. Warum die AfD damit selbst bewiesen hat, dass eine Zusammenarbeit mit ihr ausgeschlossen ist, schreibt der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Röwekamp:

»In der Regel muss man sich ein wenig Zeit nehmen, um für eine Entscheidung oder Diskussion gute Argumente zusammenzutragen. Für die Entscheidung der CDU-Fraktion gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD und gegen die Wahl eines AfD-Vertreters in den Bürgerschaftsvorstand war das gar nicht notwendig: Die vom Weser Kurier als »Trümmertruppe« bezeichnete Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft hat nicht lange gebraucht, um gleich selbst mehrere Argumente zu liefern.

Wir haben noch nicht viele Parlamentssitzungen in der neuen Legislatur gehabt, aber gleichwohl gewichtige: Ob die Wahl von Frank Imhoff zum Bürgerschaftspräsidenten, die Wahl des Senats oder die Regierungserklärung des neuen Bürgermeisters. Reichlich Anlässe also, bei denen die demokratischen Parteien in der Bürgerschaft über Bremens Zukunftsfragen, die politischen

Herausforderungen und den richtigen Weg dorthin diskutiert, ja auch gestritten, haben. Das ist die Idee von Demokratie.

Die Vertreter der sogenannten Alternative für Deutschland haben sich bisher nicht an einer dieser Debatten ernsthaft beteiligt. Stattdessen haben sie fremdenfeindliche Ressentiments zum Besten gegeben und gezeigt, diese Partei ist nicht an Lösungen und Verbesserungen für die Menschen, sondern vor allem an Spaltung der Gesellschaft interessiert ist. Die Alternative, die diese Partei ja ihren Wählern im Namen verspricht, ist auf inhaltlicher Ebene bisher gänzlich ausgeblieben. Mit diesem Verhalten missbraucht die AfD in Bremen das Vertrauen und die Stimmen ihrer Wählerinnen und Wähler.

Dieser Partei geht es nicht darum, Teil der Demokratie zu sein. Wer Flüchtlinge verächtlich als »neue Menschen« bezeichnet und Bremens Erinnerungskultur an die Kolonialzeit als »Selbstkasteiung«, zeigt welchen Geistes er ist. Die Bezeichnung als »bürgerliche Partei«, von der selbst Medien vereinzelt Gebrauch machen, ist eine Farce! Die AfD ist radikal, populistisch und machtversessen.

Wie sehr auch letzteres auf die Bremer AfD zutrifft, diesen Beweis ist die Bremer Truppe nicht lange schuldig geblieben. Anfang September hat sich die AfD, die im Mai erstmals in Fraktionsstärke ins Parlament eingezogen war, intern zerlegt und als Fraktion aufgelöst. Vorangegangen waren Intrigen und Machtkämpfe um Posten und persönliche Fehden. Schon 2015 hatte sich die damalige AfD-Gruppe schnell in ihre Einzelteile zerlegt. Jetzt haben sie – beinahe verlässlich – zum zweiten Mal gezeigt, dass sie mit Parlamentarismus und politisch inhaltlicher Arbeit überfordert sind.

Problem gelöst, könnte man erleichtert ausrufen! Nein, denn übrig geblieben sind Einzelabgeordnete und eine Gruppe. Sie sind wie Splitter, die in einem deutschen Parlament nicht weniger schmerzhaft sind. Die AfD hat geliefert: Und zwar die guten Gründe dafür, dass die CDU eine Zusammenarbeit mit der AfD auch weiterhin ausschließt – ob im Parlament, in den Deputationen oder in den Beiräten. Inhaltlich ist ja ohnehin nichts zu erwarten.« ✖

Ihr